



Verwaltungsgericht Göttingen

Im Namen des Volkes

Urteil

4 A 571/17

In der Verwaltungsrechtssache

Staatsangehörigkeit: afghanisch,

– Kläger –

Prozessbevollmächtigte:

zu 1-2: Rechtsanwälte Deery & Jördens - Kanzlei für Migrationsrecht -

, Papendiek 24 - 26, 37073 Göttingen - 1230/17 Jo10 - gegen

Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesamt für Migration und

Flüchtlinge - Außenstelle Friedland -,

Heimkehrerstraße 16, 37133 Friedland - 6816174-423 -

– Beklagte –

wegen Asylrecht

hat das Verwaltungsgericht Göttingen - 4. Kammer - auf die mündliche Verhandlung vom 16. Dezember 2021 durch die Richterin am Verwaltungsgericht _____ für Recht erkannt:

Die Beklagte wird verpflichtet, den Klägern die Flüchtlingseigenschaft zuzuerkennen. Der Bescheid des Bundesamtes für Migration und

Flüchtlinge vom ■ Oktober 2017 wird in den Ziffern 1. und 3. bis 6. aufgehoben.

Die Kosten des Verfahrens trägt die Beklagte. Gerichtskosten werden nicht erhoben.

Das Urteil ist wegen der Kosten vorläufig vollstreckbar.

Die Beklagte kann die Vollstreckung durch Sicherheitsleistung in Höhe des gegen sie festzusetzenden Kostenerstattungsbetrages abwenden, wenn nicht die Kläger vor der Vollstreckung Sicherheit in gleicher Höhe leisten.

Tatbestand

Die Kläger sind afghanische Staatsangehörige, schiitischen Glaubens und gehören dem Volk der Tadschiken (Kläger zu 1.) bzw. der Paschtunen (Klägerin zu 2.) an. Sie reisten nach eigenen Angaben am ■ 2016 auf dem Landweg nach Deutschland ein.

Sie stellten am ■ 2016 jeweils einen Asylantrag.

Bei seiner persönlichen Anhörung vor dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (im Folgenden: Bundesamt) am ■ April 2017 trug der Kläger zu 1. im Wesentlichen vor: Vor seiner Ausreise aus Afghanistan habe er in Kabul gewohnt. Er habe für das Ministerium für Bauwesen gearbeitet. Über das Ministerium habe er in den Jahren von 2004 bis 2011 mit den Amerikanern zusammengearbeitet. Danach sei er wieder für das Ministerium tätig gewesen. Wegen seiner Tätigkeit für die Amerikaner sei er als Spion angesehen worden. Im Jahr 2013 habe die Korruption in Afghanistan sehr stark zugenommen. Der Kläger zu 1. habe gegenüber der Polizei als Zeuge ausgesagt, dass ■, der in Regierung gesessen habe, ein korrupter Mann sei. Ebenfalls im Jahr 2013 habe er gemeinsam mit ■ gearbeitet, der für das Parlament kandidiert habe. Dieser Mann habe dem Kläger zu 1. gegenüber immer aus Spaß gesagt, er sei ein Spion der Amerikaner. Aus diesen Späßen sei dann aber Ernst geworden. Eines Tages habe ■ den Kläger zu 1. in sein Büro bestellt. Der Kläger zu 1. sei dorthin gegangen. ■ habe den Kläger als Spion der Amerikaner beschimpft und gesagt, der Kläger zu 1. müsse jetzt da bleiben; sie würden über sein Schicksal entscheiden; sein Schicksal sei der Tod; der Todestag werde in Kürze feststehen. Der Kläger zu 1. sei die Nacht über dortgeblieben. Als er am nächsten Morgen zur Toilette gegangen sei, sei er geflohen und zu einem Freund gefahren. Seine Familie sei zu ihm gekommen. Sie hätten entschieden, Afghanistan zu verlassen. Am ■ 2016 seien sie aus Afghanistan ausgereist.

Bei ihrer persönlichen Anhörung vor dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (im Folgenden: Bundesamt) am ■ April 2017 trug die Klägerin zu 2. im Wesentlichen vor: Sie habe in Kabul gelebt und als Lehrerin gearbeitet. In zwei Literaturbüchern seien Fotos von ihr abgedruckt worden. Sie habe auch für das Ministerium für Radio und Fernsehen, das Ministerium für Übersetzung und ein japanisches Institut gearbeitet. Sie sei auch im Fernsehen gezeigt worden. Die Familie ihrer Mutter sei sehr streng gewesen.

Sie habe die Klägerin zu 2. unter Druck gesetzt und ihr befohlen, ihre Bilder aus den Büchern und aus dem Fernsehen herauszunehmen bzw. zu löschen. Die Klägerin zu 2. habe sich geweigert. Sie habe ihren Beruf sehr geliebt und habe sich auch für

Frauenrechte in Afghanistan einsetzen wollen. Sie habe daher ihre Arbeit fortgesetzt bzw. verdoppelt. Aber auch die Drohungen seien schlimmer geworden. In der letzten Zeit hätten Fremde vor der Haustür gestanden. Die Klägerin zu 2. habe geahnt, dass es die Verwandten ihrer Mutter seien. Die Klägerin zu 2. sei in einer sehr modernen Familie aufgewachsen und habe nicht das Kopftuch anziehen wollen. Ihr Cousin habe ihr aber befohlen, die Burka zu tragen. Die Klägerin zu 2. habe sich nicht vorstellen können, sich zu verschleiern. Der Cousin habe gesagt, die Klägerin zu 2. sei selbst dafür verantwortlich, wenn sie getötet werde. Da auch ihr Ehemann in Afghanistan Feinde gehabt habe, habe die Familie beschlossen, Afghanistan zu verlassen.

Mit Bescheid vom 24. Oktober 2017 erkannte das Bundesamt den Klägern die Flüchtlingseigenschaft nicht zu (Ziffer 1). Zugleich lehnte es die Anträge auf Anerkennung als Asylberechtigte ab (Ziffer 2), erkannte den subsidiären Schutzstatus nicht zu (Ziffer 3) und stellte fest, dass Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 5 bis 7 Satz 1 AufenthG nicht gegeben sind (Ziffer 4). Für den Fall der nicht fristgerechten Ausreise wurde die Abschiebung nach Afghanistan oder einen anderen aufnahmebereiten Staat angedroht (Ziffer 5). Das gesetzliche Einreise- und Aufenthaltsverbot gemäß § 11 Abs. 1 AufenthG wurde auf 30 Monate ab dem Tag der Abschiebung befristet (Ziffer 6).

Hiergegen haben die Kläger am ■ November 2017 Klage erhoben, zu deren Begründung sie ihren Vortrag im Verwaltungsverfahren ergänzen und vertiefen.

Die Kläger beantragen, die Beklagte unter entsprechender Aufhebung des Bescheides vom ■ Oktober 2017 zu verpflichten, den Klägern die Flüchtlingseigenschaft zuzuerkennen, hilfsweise, den Klägern subsidiären Schutz zuzuerkennen, hilfsweise festzustellen, dass in der Person der Kläger ein Abschiebungsverbot gemäß § 60 Abs. 5 und Abs. 7 Satz 1 AufenthG hinsichtlich des Staates Afghanistan besteht.

Die Beklagte beantragt,
die Klage abzuweisen.

Zur Begründung bezieht sie sich auf die angefochtene Entscheidung.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Gerichtsakte und die beigezogenen Verwaltungsvorgänge der Beklagten und der Ausländerbehörde sowie auf die Erkenntnismittel gemäß der übersandten Erkenntnismittelliste Afghanistan Bezug genommen.

Entscheidungsgründe

Die zulässige Klage hat Erfolg. Der Bescheid des Bundesamtes vom ■ Oktober 2017 ist rechtswidrig und verletzt die Kläger in ihren Rechten (vgl. § 113 Abs. 1 Satz 1 VwGO). Diese haben jeweils einen Anspruch auf Verpflichtung der Beklagten, ihnen auf Grundlage von § 3 Abs. 4 AsylG die Flüchtlingseigenschaft zuzuerkennen (vgl. § 113 Abs. 5 Satz 1 VwGO).

Bei seiner Entscheidung hat das Gericht bei der vorliegenden Streitigkeit nach dem Asylgesetz die Sach- und Rechtslage im Zeitpunkt der mündlichen Verhandlung zugrunde gelegt (vgl. § 77 Abs. 1 AsylG).

1. Die Kläger haben einen Anspruch auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft.

a. Nach § 3 Abs. 4 AsylG wird einem Ausländer die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt, wenn er Flüchtling im Sinne von § 3 Abs. 1 AsylG i.V.m. § 60 Abs. 1 AufenthG ist und die Voraussetzungen von § 60 Abs. 8 AufenthG nicht vorliegen.

Nach § 60 Abs. 1 Satz 1 AufenthG darf in Anwendung des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (Genfer Flüchtlingskonvention - GFK -, BGBl. 1953 II, S. 559) ein Ausländer nicht in einen Staat abgeschoben werden, in dem sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht ist. Als eine bestimmte soziale Gruppe kann auch eine Gruppe gelten, die sich auf das gemeinsame Merkmal der sexuellen Orientierung gründet (§ 3b Abs. 1 Nr. 4, 2. Halbsatz AsylG). Zudem kann eine Verfolgung wegen der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe nach § 3b Abs. 1 Nr. 4, 4. Halbsatz AsylG auch dann vorliegen, wenn sie allein an das Geschlecht oder die geschlechtliche Identität anknüpft. Eine Verfolgung in diesem Sinne kann nach § 3c AsylG ausgehen von 1. dem Staat, 2. Parteien und Organisationen, die den Staat oder einen wesentlichen Teil des Staatsgebietes beherrschen, oder 3. von nichtstaatlichen Akteuren, sofern die in den Nummern 1 und 2 genannten Akteure einschließlich internationaler Organisationen erwiesenermaßen nicht in der Lage oder nicht willens sind, im Sinne des § 3d AsylG Schutz vor Verfolgung zu bieten, und dies unabhängig davon, ob in dem Land eine staatliche Herrschaftsmacht vorhanden ist oder nicht. Dabei gehören zu den verfolgungsmächtigen nichtstaatlichen Akteuren nach dem Wortlaut und dem Sinn und Zweck der Regelung auch Einzelpersonen (BVerwG, Urteil vom 18. Juli 2006 - 1 C 15.05 -, BVerwGE 126, 243, 251).

In § 3a Abs. 1 AsylG werden Handlungen, die als Verfolgung gelten, definiert. Abs. 2 enthält eine beispielhafte Aufzählung derartiger Handlungen. Gemäß § 3a Abs. 3 AsylG muss eine Verknüpfung zwischen den in § 3 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. § 3b AsylG genannten Gründen und den in § 3a AsylG als Verfolgung eingestuftten Handlungen bestehen. Die Verfolgungsgründe selbst werden in § 3b AsylG näher definiert, wobei Abs. 2 bestimmt, dass bei der Bewertung der Frage, ob die Furcht eines Ausländers vor Verfolgung begründet ist, unerheblich ist, ob der Ausländer tatsächlich die Verfolgungsmerkmale aufweist, die zur Verfolgung führen, sofern ihm diese Merkmale von seinem Verfolger zugeschrieben werden.

Bei der Prüfung der Flüchtlingseigenschaft ist der Maßstab der beachtlichen Wahrscheinlichkeit zugrunde zu legen (vgl. BVerwG, Urteile vom 7. September 2010 - 10 C

11.09 - sowie vom 27. April 2010 - 10 C 4.09 - und - 10 C 5.09 -, jeweils zitiert nach juris).

b. Ausgehend von diesen Grundsätzen steht den Klägern ein Anspruch auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft zu. Das Gericht ist überzeugt, dass die Kläger im Fall einer Rückkehr nach Afghanistan mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit einer flüchtlingsrelevanten Gefährdungslage ausgesetzt sein werden.

aa. Der Kläger zu 1. hat im Verwaltungsverfahren und sodann in der mündlichen Verhandlung vom 16. Dezember 2021 nachvollziehbar und glaubhaft erklärt, in Afghanistan über einen Zeitraum von vielen Jahren für das Ministerium für öffentliche Dienstleistungen sowie auch unmittelbar für die Amerikaner gearbeitet zu haben. Das Gericht hat keinen Anhaltspunkt dafür, an der Richtigkeit dieser Schilderungen zu zweifeln.

Ob und in welcher Intensität der Kläger zu 1. in Afghanistan von [REDACTED] verfolgt worden ist, bedarf hier keiner Klärung (mehr). Denn das Gericht ist im Weiteren davon überzeugt, dass der Kläger zu 1. bei einer Rückkehr nach Afghanistan schon allein aufgrund seiner früheren beruflichen Tätigkeiten mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit einer Verfolgung seitens der Taliban ausgesetzt sein wird. Als Folge des Rückzugs der internationalen Truppen aus Afghanistan hat sich die Sicherheits- und Menschenrechtslage in großen Teilen Afghanistans rapide verschlechtert. Die Taliban haben in einer schnell wachsenden Anzahl an Provinzen die Kontrolle übernommen, wobei sich ihr Vormarsch im August 2021 nochmals beschleunigte, als sie 26 von 34 Provinzhauptstädten innerhalb von zehn Tagen einnahmen und schließlich den Präsidentenpalast in Kabul unter ihre Kontrolle brachten. Die stark zunehmende Gewalt hat schwerwiegende Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung. UNHCR ist besorgt über die Gefahr von Menschenrechtsverletzungen an der Zivilbevölkerung (einschließlich Frauen und Kindern) sowie an Afghanen, bei denen die Taliban davon ausgehen, dass sie mit der afghanischen Regierung oder den internationalen Streitkräften in Afghanistan oder mit internationalen Organisationen im Land in Verbindung stehen oder standen (vgl. UNHCR: UNHCR-Position zur Rückkehr nach Afghanistan, August 2021). Zudem berichteten UNHCR und Human Rights Watch in der vergangenen Woche, dass es trotz der von den Taliban verkündeten Amnestie in verschiedenen Landesteilen zu Massenhinrichtungen von früheren afghanischen Regierungsmitarbeitern und ehemaligen Angehörigen der afghanischen Sicherheitskräfte gekommen sei (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Briefing Notes, 30. August 2021).

Unter Berücksichtigung dieser Erkenntnisse ist das Gericht davon überzeugt, dass auch der Kläger zu 1. bei einer Rückkehr nach Afghanistan einer Verfolgung seitens der Taliban ausgesetzt sein wird. Hierbei berücksichtigt das Gericht auch, dass der Kläger zu 1. schon aufgrund seines fortgeschrittenen Alters von derzeit [REDACTED] Jahren bei einer Rückkehr aus dem westlichen Ausland den nunmehr herrschenden Taliban auffallen wird. Aufgrund seiner langjährigen Tätigkeiten für das Ministerium sowie für die Amerikaner wird es ihm zudem aller Voraussicht nach auch nicht gelingen, diese Tätigkeiten vor den Taliban zu verschweigen bzw. zu verbergen.

Die dem Kläger zu 1. drohende Verfolgung bei einer Rückkehr nach Afghanistan geht auch von einem Verfolger im Sinne des § 3c AsylG aus. Zudem besteht für den Kläger zu 1. nach der Machtübernahme der Taliban keine inländische Fluchtalternative im Sinne von § 3e AsylG (mehr).

bb. Die Klägerin zu 2. hat im Verwaltungsverfahren sowie in der mündlichen Verhandlung vom 16. Dezember 2021 nachvollziehbar und glaubhaft erklärt, sie habe in Afghanistan jahrzehntelang als Lehrerin gearbeitet und sei hierbei auch im Radio und Fernsehen aufgetreten; zudem habe sie sich auch für Frauenrechte eingesetzt; aufgrund ihrer Tätigkeiten sei sie von der Familie ihrer Mutter massiv unter Druck gesetzt und bedroht worden. Auch insoweit hat das Gericht keinerlei Anhaltspunkte dafür, an der Richtigkeit der Schilderungen zu zweifeln.

Das Gericht ist im Weiteren davon überzeugt, dass die Klägerin zu 2. bei einer Rückkehr nach Afghanistan mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit einer Verfolgung seitens der Familie ihrer Mutter sowie der Taliban ausgesetzt sein wird. Schon vor der Machtübernahme der Taliban sahen sich Frauen, die in der Öffentlichkeit eine aktive Rolle einnahmen und damit gegen die konservativen Wertevorstellungen verstießen – etwa in Regierung, Justiz, Bildungs- und Gesundheitswesen, NGOs, Medien oder Sport – mit Einschüchterungen, Drohungen und Gewalt bis zur Tötung konfrontiert. Diese Situation hat sich aktuell weiter verschärft, da die Taliban seit ihrer Machtübernahme gezielt nach Frauen suchen, die unter dem alten Regime in der Öffentlichkeit eine aktive

Rolle eingenommen haben (Schweizerische Flüchtlingshilfe, Afghanistan: Gefährdungsprofile, 31. Oktober 2021, S. 9 f.).

Unter Berücksichtigung dieser Erkenntnisse ist das Gericht davon überzeugt, dass auch die Klägerin zu 2. bei einer Rückkehr nach Afghanistan einer Verfolgung durch die Taliban ausgesetzt sein wird. Die Klägerin zu 2. stellt aufgrund ihres bisherigen beruflichen Werdegangs in Afghanistan eine durchaus profilierte Persönlichkeit dar. Ebenso wie bei ihrem Ehemann nimmt das Gericht zudem auch im Falle der Klägerin zu 2. an, dass sie bei einer Rückkehr aus dem westlichen Ausland den Taliban schon aufgrund ihres Alters auffallen wird, und dass sie ihnen gegenüber ihre langjährige und öffentlichkeitswirksame Tätigkeit im Bildungsbereich nicht wird verbergen können.

Die der Klägerin zu 2. drohende Verfolgung bei einer Rückkehr nach Afghanistan geht auch von einem Verfolger im Sinne des § 3c AsylG aus. Zudem besteht für die Klägerin zu 2. nach der Machtübernahme der Taliban keine inländische Fluchtalternative im Sinne von § 3e AsylG (mehr).

cc. Im Ergebnis ist daher der mit der Klage angegriffene Bescheid des Bundesamtes vom ■. Oktober 2017 in Ziffer 1. aufzuheben und die Beklagte zu verpflichten, den Klägern die Flüchtlingseigenschaft zuzuerkennen.

2. Darüber hinaus unterliegt der Bescheid vom ■. Oktober 2017 in den Ziffern 3. bis 6. der Aufhebung. Der Bescheid ist auch insoweit rechtswidrig und rechtsverletzend (vgl. § 113 Abs. 1 Satz 1 VwGO).

In den Ziffern 3. und 4. versagte das Bundesamt die Zuerkennung des subsidiären Schutzstatus sowie die Feststellung nationaler Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 5 und 7 Satz 1 AufenthG. Diesbezüglich ist bereits deshalb eine Aufhebung geboten, weil die Voraussetzungen für die Zuerkennung der insoweit vorrangigen Flüchtlingseigenschaft erfüllt sind. Damit werden die Ziffern 3. und 4. des angefochtenen Bescheides gegenstandslos (vgl. BVerwG, Urteile vom 26. Juni 2002 - 1 C 17.01 -, BVerwGE 116, 326, und vom 28. April 1998 - 9 C 1.97 -, BVerwGE 106, 339).

Die in Ziffer 5. ergangene Abschiebungsandrohung ist ebenfalls aufzuheben, weil die Voraussetzungen für ihren Erlass nach § 34 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 AsylG infolge der Bejahung der Voraussetzungen für die Flüchtlingsanerkennung bereits dem Grunde nach nicht vorliegen. Gleiches gilt für die Befristung des gesetzlichen Einreise- und Aufenthaltsverbots (Ziffer 6.).

3. Die Kostenentscheidung beruht auf §§ 154 Abs. 1 VwGO, 83b AsylG. Die Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit beruht auf § 167 VwGO i.V.m. § 708 Nr. 11, 711 ZPO.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen dieses Urteil ist die Berufung nur statthaft, wenn sie von dem Niedersächsischen Obergerverwaltungsgericht zugelassen wird. Die Zulassung der Berufung ist innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Urteils zu beantragen. Der Antrag ist bei dem

Verwaltungsgericht Göttingen,
Berliner Straße 5, 37073 Göttingen, oder
Postfach 37 65, 37027 Göttingen,

schriftlich oder im elektronischen Rechtsverkehr zu stellen. Er muss das angefochtene Urteil bezeichnen. In dem Antrag sind die Gründe darzulegen, aus denen die Berufung zuzulassen ist (§ 78 Abs. 3 AsylG).

Der Antrag muss von einem Rechtsanwalt oder einem Rechtslehrer an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule eines Mitgliedstaats der Europäischen Union, eines anderen Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz, der die Befähigung zum Richteramt besitzt, oder einer nach § 67 Abs. 4 Sätze 4, 7 oder 8 VwGO zur Vertretung berechtigten Person als Bevollmächtigten gestellt sein.

[Redacted]

Beglaubigt
Göttingen, 17.12.2021

- elektronisch signiert - [Redacted]
Justizangestellte
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle